



Protokoll der 2. Sitzung des Einwohnerrates

vom 19. August 2020, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Baumgartner Verena (GL), Bürgin Peter (FDP), Faust Lisa (GL) und Fischer Werner (FPD)

Traktanden	Laufnummer
1. Protokolle der Einwohnerratssitzungen vom 29.04.2020, 27.05.2020, 24.06.2020 und 01.07.2020 <i>://: Die Protokolle vom 29.04., 27.05., 24.06. und 01.07.2020 werden genehmigt.</i>	-
2. Quartierplanung Cheddite II: Kenntnisnahme der überarbeiteten Interessenabwägung unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem denkmalpflegerischen Gutachten Hanak und erneute Beschlussfassung <i>://: Die Vorlage wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) überwiesen.</i>	2020-6
3. Zonenreglement Siedlung, Mutation – Festlegung Lärmempfindlichkeitsstufen und Aufhebung LES-Plan; Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK): 2. Lesung/Beschlussfassung <i>://: Den Anträgen des Stadtrates und der BPK wird einstimmig zugestimmt.</i>	2020/177 2020/177a
4. Amtsbericht 2019 – Berichte Stadtrat sowie Geschäftsprüfungskommission (GPK) <i>://: Der Amtsbericht 2019 wird einstimmig genehmigt.</i>	2020/185 2020/185a
5. Sitzungsentschädigung des Einwohnerrates und seiner Kommissionen der Amtsperiode 2020-2024; Bericht und Antrag der Finanzkommission (FIKO) <i>://: Die Sitzungsentschädigungen 2020-2024 werden gemäss Antrag der FIKO einstimmig genehmigt.</i>	2020/199
6. Buslinie 83 – Nichtformulierte Volksinitiative zur Wiedereinführung des 83er Bushaltes am Wasserturmplatz <i>://: Die nichtformulierte Volksinitiative zur Wiedereinführung des 83er Bushaltes wird einstimmig als ungültig erklärt. ://: Der Rat beschliesst einstimmig, dass die Eingabe der Initianten als Petition entgegen genommen und als Postulat an den Stadtrat überweisen wird.</i>	2020/198

7. Einstellhalle im Stedtli – Interpellation «Bau Einstellhalle im Stedtli» von Dominik Beeler der Grünen Fraktion 2020/184
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
8. Kinderbetreuung – Petition «Kinderbetreuung» der SP Liestal und Umgebung 2020/188
Vertagung wegen Zeitmangel.
9. Zusammenlegung Budget mit Entwicklungs- und Finanzplan – Motion «Zusammenlegung Budget mit Entwicklungs- und Finanzplan» von Pascale Meschberger der SP-Fraktion und Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2020/179
Vertagung wegen Zeitmangel.
10. Lastenräder für klimafreundliche Mobilität – Postulat «Lastenräder für die klimafreundliche Mobilität in Liestal» von Dominik Beeler und Michael Durrer der Grünen Fraktion 2020/196
Vertagung wegen Zeitmangel.
11. Lockdown-Erkenntnisse – Interpellation «Erkenntnisse aus dem Lockdown für Liestal's Verwaltung» von Thomas Eugster der FDP-Fraktion 2020/197
Vertagung wegen Zeitmangel.
12. Universität – Bericht des Stadtrats zum Postulat «Keine Universität am Dreispitz – neue Chance für Liestal?» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2019/142
2019/142a
Vertagung wegen Zeitmangel.
13. Fair Trade Town – Postulat «Fair Trade Town Liestal» von Pascale Meschberger der SP-Fraktion und Bruno Imsand der FDP-Fraktion 2020/203
Vertagung wegen Zeitmangel.
14. Städtepartnerschaft gegen Rassismus – Postulat «Städtepartnerschaft mit Sacramento gegen Rassismus einsetzen» von Joel Bühler der SP-Fraktion 2020/205
Vertagung wegen Zeitmangel.
15. Fragestunde
In der Fragestunde werden vom Stadtrat 11 Fragen sowie 1 Zusatzfrage beantwortet.

Vizepräsident Markus Rudin (SVP) heisst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Zuschauer zur heutigen Sitzung willkommen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Am 4. August 2020 hat Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) ihren Sohn Basil geboren und sich für die heutige Sitzung entschuldigen lassen. Die Sitzung wird deshalb vom Vizepräsidenten geleitet und dieser wiederum von Peter Küng (SP) bei der Sitzungsleitung unterstützt.
- Im Zusammenhang mit dem Schutzkonzept Covid-19 werden folgenden Punkte speziell erwähnt:
 - Der Sitzplan mit den Sicherheitsabständen ist beim Eingang zum Landratssaal angeschlagen worden.
 - Beim Eingang werden Hygienemasken abgegeben.
 - Die Redner bleiben bei ihren Voten sitzen.
 - Die Referenten bzw. Kommissionspräsidenten werden die Kommissionsberichte an ihrem eigenen Platz vorstellen.
 - Die Benützung der Desinfektionsmittel-Spender bei den Ein- und Ausgängen wird empfohlen.
 - Die Türen im Landratssaal bleiben offen und es werden auch die Fenster geöffnet, soweit die Witterungsverhältnisse dies zulassen.
 - Die Zuschauertribüne ist offen.
 - Wer krank ist oder sich krank fühlt, muss die Veranstaltung verlassen.
 - Am Schluss der Sitzung muss der Saal und das Regierungsgebäude verlassen werden. Ein Verweilen im Vorraum oder Foyer ist nicht gestattet.
 - Es findet keine Pause statt.
- Da die Sitzung nicht durch eine Pause unterbrochen wird, wird die Sitzung um ca. 19.00 Uhr geschlossen.
- Die «Fragestunde» wird als letztes Traktandum behandelt.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, blau
- ER-Vorlagen Nr. 2020-7, Nr. 2020-9 – Nr. 2020-11 (neue Vorstösse)

Neue persönliche Vorstösse

- Hochwasser im Bintal – Interpellation zum Hochwasser im Bintal im Zusammenhang mit dem geplanten Neubau der Psychiatrie von Dominique Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2020-7)
- Rathausstrasse verkehrsfrei – Interpellation «Verkehrsfreie Rathausstrasse» von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2020-9)
- Rassismus – Postulat «Rassismus in Liestal» von Domenic Schneider der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020-10)
- Wiedenhubstrasse – Postulat «Wiedenhubstrasse mit Einbahnverkehr» von Domenic Schneider und Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020-11)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- Niederhauser Sonja (CVP/EVP/GLP) Seite A (SP, GL)
- Reichenstein Daniela (FDP) Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP)
- Bühler Joel (SP) Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Fraktionen und den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Mitteilungen Stadtrat

Vom Stadtrat werden keine Mitteilungen gemacht.

15 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokolle der Ratssitzungen vom 29.04.2020, 27.05.2020, 24.06.2020 und 01.07.2020

Vizepräsident Markus Rudin (SVP) erklärt, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend den zu genehmigenden Protokollen eingegangen sind, weshalb vom Büro die Genehmigung der Protokolle beantragt wird.

Er kann feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Protokolle der Ratssitzungen vom 29.04.2020, 27.05.2020, 24.06.2020 und 01.07.2020 werden vom Rat einstimmig genehmigt.

16 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Quartierplanung Cheddite II: Kenntnisnahme der überarbeiteten Interessenabwägung unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem denkmalpflegerischen Gutachten Hanak und erneute Beschlussfassung für das Amtsjahr 2020/2021 (Nr. 2020-6)

Vizepräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten vom Rat nicht bestritten wird.

Die Quartierplanung hat gegenüber dem vom Einwohnerrat bereits beschlossenen Quartierplan keine Änderungen erfahren und die ER-Vorlage Nr. 2020-6 ist lediglich hinsichtlich den Beilagen/Anhängen ergänzt worden. Vom Büro wird kein Antrag im Zusammenhang mit der weiteren Behandlung der Vorlage Nr. 2020-6 gestellt.

Die Fraktionssprecher möchten sich deshalb dazu äussern, ob die Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen oder an der heutigen Sitzung in einer 1. Lesung direkt beraten werden soll.

Michael Durrer (GL) legt dar, dass die Grüne Fraktion das Geschäft an die BPK überweisen möchte, sind doch in den letzten Tagen die Wogen nicht nur in den Medien etwas hoch gegangen. Die BPK soll sich Zeit nehmen und das Geschäft mit Einbezug aller Beteiligten nochmals genau anschauen.

Patrick Mägli (SP) erklärt, auch die SP-Fraktion befürworte eine Vorberatung der Vorlage in der BPK, damit die Hanak-Studie und auch der Kantonsgerichtsentscheid vertieft geprüft werden kann. Nebst der Unterschutzstellung von Gebäuden innerhalb des QP-Perimeters gibt es sicher noch andere offene Fragen, welche geklärt werden sollten. Der Miteinbezug aller Beteiligten bei der BPK-Vorberatung macht Sinn.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) informiert, auch die Mittefraktion spreche sich für eine Vorberatung durch die BPK aus, obwohl sich die BPK bereits bei der ersten Vorlage mit Fragen betreffend schützenswerten Gebäuden usw. befasst hatte. Der Kantonsgerichtsentscheid ist sicher zu beachten und ihre Fraktion findet es zudem wertvoll und wichtig, dass die Vorabklärungen der BPK in einem Kommissionsbericht festgehalten werden, was schlussendlich dem Stadtrat auch den Rücken stärken dürfte.

Thomas Eugster (FDP) bemerkt, dass auch seine Fraktion die BPK-Vorberatung begrüsse. Die Schützenswertigkeit von Gebäuden ist von der BPK bereits bei der ersten Quartierplanung angeschaut worden, doch macht eine Sichtung des Gerichtsentscheides sowie umfangreichen Gutachten durchaus Sinn. Der erste Teil des QP auf dem Gemeindegebiet Lausen wurde bereits realisiert und kann angeschaut werden. Die hohe Qualität des Projektes ist sicher auch ein wichtiger Punkt bei der Interessenabwägung.

Hanspeter Meyer (SVP) merkt an, die SVP-Fraktion habe eigentlich eine Direktberatung in Erwägung gezogen, angesichts der vorgängigen Voten wird man aber ebenfalls eine Überweisung der Vorlage an die BPK unterstützen.

Stadtrat Daniel Muri unterstützt die Vorberatung durch die BPK ebenfalls, damit man das umfassende Hanak-Gutachten genauer anschauen kann. Erwähnen möchte er doch, dass die Cheddite-Gebäude nicht im ISO-Inventar der schützenswerten Objekte der Schweiz aufgeführt sind.

Vizepräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Vorlage Nr. 2020-6 «Quartierplanung Cheddite II» wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

17 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Zonenreglement Siedlung, Mutation – Festlegung Lärmempfindlichkeitsstufen und Aufhebung LES-Plan; Bericht der Bau- und Planungskommission: 2. Lesung und Beschlussfassung (Nr. 2020/177)

Vizepräsident Markus Rudin (SVP) informiert, dass das Geschäft bereits in einer ersten Lesung am 27. Mai 2020 beraten wurde.

Im Anschluss an die heutige zweiten Lesung wird dann über die Anträge abgestimmt.

An der heutigen Sitzungen soll nur über neue Erkenntnisse berichtet und auf die Wiederholung von Voten der ersten Lesung verzichtet werden.

Stadtrat Daniel Muri freut sich, dass die letzte Pendenz aus der letzten Zonenplanrevision nun auch noch ad acta gelegt werden kann, indem die Lärmempfindlichkeitsstufen festgelegt und der LES-Plan aufgehoben wird.

Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden. Er lässt nun über den stadträtlichen Antrag abstimmen, welcher von der BPK unterstützt wird.

://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig

- das Zonenreglement Siedlung, Mutation Art. 2, 2a, 4 und 6
- die Mutation diverser QP- und GU-Reglemente
- die Mutation Zonenplan Siedlung 1:2000, Frenkendörferstrasse (WG3d)

und beschliesst die Aufhebung des LES-Planes vom 30. Januar 1996.

18 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Amtsbericht 2019 - Berichte Stadtrat sowie Geschäftsprüfungskommission (Nr. 2020/185)

Vizepräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Hanspeter Meyer (SVP) stellt als Verfasser und früherer GPK-Präsident den Kommissionsbericht der Geschäftsprüfungskommission gemäss Vorlage Nr. 2020/185a vor: Der Amtsbericht ist ein wichtiger Bericht des Stadtrats für den Einwohnerrat und Souverän. Wegen der Coronapandemie ist von der GPK ein etwas anderes Verfahren im Zusammenhang mit der Vorprüfung gewählt worden. Eine Behandlung in der letzten Amtsperiode war aus bekannten Gründen nicht mehr möglich war. Die wichtigsten Schwerpunkte sind im Kommissionsbericht erwähnt und er verzichtet deshalb auf Wiederholungen. Dem Rat wird die Genehmigung des Amtsberichtes beantragt.

Dominik Beeler (GL) äussert, dass die Prüfung des Amtsberichtes durch die GPK trotz diversen Anpassungen wegen Covid-19 gut und speditiv verlaufen ist. Seine Fraktion wird der Genehmigung des Amtsberichtes 2019 zustimmen und dankt an dieser Stelle Hanspeter Meyer für die geleisteten Arbeiten als GPK-Präsident während den letzten vier Jahren.

Patricia Bergamin (SVP) unterstützt das Votum des Vorredners und informiert darüber, dass auch ihre Fraktion den Amtsbericht einstimmig genehmigen wird.

Bernhard Bonjour (SP) bemerkt, dass der Amtsbericht wiederum aufzeigt, dass unsere Verwaltung gut schafft und im Zusammenhang mit der Vorprüfung durch die GPK konnte man feststellen, dass diese zwischendurch doch an die Kapazitätsgrenzen kommt. Im Zusammenhang mit der Schülerstatistik wäre es beispielsweise auch für die SBK wichtig, wenn man erfahren würde, wo die Schüler während der Primarschulzeit die Schulen besuchen. Auch wurde der GPK versprochen, dass man den Einwohnerrat im nächsten Entwicklungsplan noch über die 58 Massnahmen der Arbeitsgruppe «Steuerung Bildung und Sport» informieren wird. Die GPK wurde über Themen und Massnahmen der Regionalen Zusammenarbeit informiert. Es ist schade, dass die definierten Ziele für eine bessere Integration von Migranten nicht weiter verfolgt werden, auch wenn deren Mitwirkung nicht verpflichtend ist. Auch hat die GPK wichtige Informationen vom Stadtpräsidenten und Stadtverwalter im Zusammenhang mit der Bevölkerungsstatistik und der Wachstumsstrategie erhalten. Auch er möchte sich beim GPK-Präsidenten für die geleistete Arbeit in der letzten Amtsperiode bestens bedanken.

Richard Gafner (FDP) dankt ebenfalls für den informativen und übersichtlichen Amtsbericht. Im Zusammenhang mit der Schulbesuch-Statistik ist seine Fraktion der Meinung, dass man bereits genügend Statistiken habe und sich der Mehrwert einer weiteren kommunalen Statistik mit zusätzlichem Aufwand kaum rechtfertigen lässt. Die gewünschten Zahlen können bestimmt einer bereits bestehenden Statistik entnommen werden. Im Zusammenhang mit der Bevölkerungsstatistik hatte der Stadtrat ja bereits bei der Beratung des EP 2020-2024 an der letzten Ratssitzung informiert und die Wachstumsstrategie unterstütze man nach wie vor. Seine Fraktion wird den Amtsbericht 2019 ebenfalls genehmigen.

Susanne Thommen (CVP/EVP/GLP) orientiert, auch die Mittefraktion wird den Amtsbericht für das letzte Jahr genehmigen.

Benjamin Holinger (GL) meint, der Amtsbericht 2019 sei wiederum eine gute Berichterstattung. Bereits vor einem Jahr hatte er darum gebeten, dass der Stadtrat bei den noch unbeantworteten Vorstössen kurz über den aktuellen Stand und das weitere Vorgehen informiert, sollten diese nicht innert der 6-monatigen Frist beantwortet werden können. Er möchte vom Stadtrat

wissen, ob dieser im nächsten Amtsbericht diese Transparenz herstellen wird, ansonsten würde er diesbezüglich einen Vorstoss einreichen.

Thomas Eugster (FDP) regt an, dass man künftig im Anhang mit den Statistiken auch noch etwas zum Thema «Leerwohnungen» sagen würde.

Stadtpräsident Daniel Spinnler dankt für die guten Rückmeldungen. Der Amtsbericht ist ein Puzzleteil der Führungsinstrumente der Stadt Liestal. In diesem kann das Erreichte und Geleistete des vergangenen Jahres aufgezeigt werden. Natürlich werden nicht immer alle Ziele erreicht und das muss nicht mit personellen Ressourcen-Problemen zusammenhängen. Im nächsten Entwicklungsplan wird über die 58 Massnahmen der Steuerungsgruppe „Schulde/Bildung/Sport“ informiert, wobei zu berücksichtigen ist, dass der Stadtrat oder der Schulrat für die Umsetzung der Massnahmen verantwortlich zeichnet. Der Verein Frenkentäler plus wird halbjährlich im Liestal aktuell berichten. Im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum werden Prognosen immer schwierig sein, wobei er anhand der aktuellen Zahlen vom ersten Semester davon ausgehen kann, dass sich die prognostizierten Zahlen für das Jahr 2020 bewahrheiten werden. Wichtig ist aber ja auf jeden Fall ein nachhaltiges Wachstum mit einem guten Mix. Im Zusammenhang mit der gewünschten Statistik „Leerwohnungen“ hat man doch das Problem der Periodizität und fehlenden Aussagekraft bei nackten Zahlen. Solche Statistiken und Zahlen sind ohne entsprechende Aufarbeitung und Kommentare nicht unbedingt immer nützlich. Auch möchte er beispielsweise die gewünschte Berichterstattung im Zusammenhang mit den pendenten Vorstössen viel lieber mündlich in der GPK erläutern, denn eine schriftliche Kurzbegründung im Amtsbericht dürfte nur schwer möglich und verständlich sein. Die Dankesworte der Fraktionen im Zusammenhang mit dem Amtsberichte möchte er gleich der Verwaltungsleitung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung weitergeben.

Vizepräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Der Rat genehmigt den Amtsbericht 2019 einstimmig.

19 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Sitzungsentschädigung des Einwohnerrates und seiner Kommissionen der Amtsperiode 2020-2024; Bericht und Antrag der Finanzkommission (Nr. 2020/199)

Vizepräsident Markus Rudin (SVP) kann feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fabian Eisenring (SP) stellt als Verfasser und früherer Kommissionspräsident den FIKO-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2020/199 vor: Die FIKO der letzten Amtsperiode hatte sich nach der Diskussion einstimmig gegen eine Erhöhung der Entschädigungen ab der neuen Amtsperiode 2020-2024 und für die Beibehaltung der bisherigen Ansätze ausgesprochen.

Pascale Meschberger (SP) teilt mit, die SP-Fraktion unterstütze den FIKO-Antrag.

Bruno Imsand (FDP) äussert, dass man Vergleiche mit den Entschädigungen des Kantons und Gemeinden mit Einwohnerräten angestellt habe. Schlussendlich kann man zusammenfassend festhalten, dass sich die Entschädigungen grossmehrheitlich im Rahmen der Entschädigungsansätze des Einwohnerrates Liestal bewegen. Seine Fraktion spricht sich deshalb für die Beibehaltung der bisherigen Entschädigungen aus und unterstützt den Antrag der FIKO.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) merkt an, dass sich wohl kein Ratsmitglied hier im Saal wegen der finanziellen Entschädigung engagiert und auch die Mittefraktion dem FIKO-Antrag zustimmen wird. Er wird sich noch überlegen, ob er an einer nächsten Sitzung noch einen Vorstoss einreichen wird, welcher einen Teilerlass der Sitzungsgelder bezweckt, zumal ja auch Liestal wegen Covid-19 mit Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen rechnen muss.

Beat Gränicher (SVP) legt dar, dass die SVP-Fraktion ebenfalls der Beibehaltung der Entschädigungen gemäss FIKO-Antrag zustimmen wird.

Vizepräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig die unveränderten Sitzungsentschädigungen des Einwohnerrates und seiner Kommissionen für die Amtsperiode 2020–2024 für die Ratssitzungen von pauschal CHF 120.-- pro Ratssitzung auf Basis von 3 Stunden Sitzungsdauer sowie die Kommissionssitzungen von CHF 40.-- pro Stunde.

20 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Buslinie 83 – Nichtformulierte Volksinitiative zur Wiedereinführung des 83er Bushaltes auf dem Liestaler Wasserturmplatz (Nr. 2020/198)

Vizepräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft vom Rat nicht bestritten wird.

Bereits an der letzten Ratssitzung vom 24. Juni 2020 sind von der SVP-Fraktion folgende schriftlichen Anträge eingereicht worden, welche vom Büro unterstützt werden:

1. *Der Einwohnerrat erklärt die Initiative als ungültig.*
2. *Der Einwohnerrat nimmt die Eingabe als Petition entgegen und überweist sie als Postulat an den Stadtrat.*

Die Fraktions- und Einzelsprecher möchten sich nun zu den Anträgen äussern.

Hanspeter Meyer (SVP) meint, dass es auch in der Politik hie und da schief laufen kann, doch habe seine Fraktion im Zusammenhang mit der Behandlung der vorliegenden Initiative schon das Gefühl, dass man die Initianten richtiggehend habe dreinlaufen lassen. Mit verschiedenen juristischen Begründungen kommt man zum Schluss, dass die Initiative ungültig ist. Man kann aber durchaus auch die Meinung vertreten, dass die Zuständigkeit für die Bushaltestelle beim Einwohnerrat liegt. Die Stadt kauft sich schlussendlich beim Kanton ein und dieser erteilt auftrags der Gemeinden den Auftrag für den Busbetrieb. Also könnte man durchaus argumentieren, dass die Gemeinden für ihre Zahlungen auch gewisse Forderungen stellen und mitbestimmen können. Unschön war auch, dass das Vorprüfungsverfahren durchgespielt wurde und man von der Stadt die Zustimmung erhalten habe, dass für die Initiative die Unterschriften gesammelt werden können. Man möchte nun aber nicht ein Hickhack veranstalten und Schuldige suchen, denn die Initianten hätten ja auch die Frage von sich aus klären können, ob die Wiedereinführung des Bushaltes überhaupt in die Kompetenz der Stadt beziehungsweise des Einwohnerrates fällt. Nebst der Initiative ist ja aber auch eine Petition beim Kanton eingereicht worden und dem Begehren der Petitionäre ist vom Landrat mit 84:0 Stimmen zugestimmt worden. Nebst dem einstimmigen Landratsbeschluss wäre aber auch ein klares Signal und eine Unterstützung des Einwohnerrates Liestal wichtig. Der Einwohnerrat soll deshalb die Initiative als ungültig erklären, jedoch die Eingabe als Petition entgegen nehmen und als Postulat dem Stadtrat überweisen. Damit würde man zumindest die über 500 Leute befriedigen, welche das Begehren mit ihrer Unterschrift unterstützt haben.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) bemerkt, dass im Zusammenhang mit der Vorlage Nr. 2020/198 kein politischer, sondern ein juristischer Entscheid zu fällen ist. Die Initianten haben ein Begehren gestellt, welches gemäss Gemeindegesetz und Gemeindeordnung nicht möglich ist, weshalb die Initiative leider als ungültig erklärt werden muss. In seiner Fraktion habe man sich auch gefragt, weshalb denn die Initiative überhaupt zugelassen wurde und weshalb man die Initianten habe dreinlaufen lassen. Er persönlich habe die Initiative auch unterschrieben und habe sich gar nicht überlegt, ob das Begehren der Initiative in den Zuständigkeitsbereich der Stadt fällt. Der Rettungsversuch ist zwar gut gemeint, doch funktioniert das so auch wieder nicht. Einerseits ist die Umwandlung einer Initiative in eine Petition nicht möglich. Und alleine das Initiativkomitee alleine entscheidet beispielsweise über einen allfälligen Rückzug, eine Umwandlung der Initiative usw. Die SVP-Fraktion ist somit auch nicht zur Antragstellung legitimiert, wie der Einwohnerrat mit der Initiative umgehen soll. Die Mittefraktion wird keine Präjudizien für irgendwelche Erledigungsformen von Initiativen schaffen und unterstützen, welche rechtlich nicht möglich sind. Seine Fraktion wird deshalb lediglich den Antrag für eine Ungültigkeitserklärung der Initiative unterstützen.

Pascale Meschberger (SP) erklärt, dass sich ihre Fraktion extrem darüber freue, dass sich die SVP-Fraktion für den öffentlichen Verkehr einsetze. Das Anliegen der Initiative kann die SP-Fraktion ebenfalls unterstützen, doch zeichnet für das Begehren klar der Kanton zuständig und die Petition mit der gleichen Forderung wie die Initiative ist ja bereits vom Landrat als Postulat an den Regierungsrat überwiesen worden. Ihre Fraktion ist sich bezüglich der Rechtsgrundlage des zweiten SVP-Antrages nicht ganz sicher, wird aber die beiden Anträge unterstützen.

Daniel Schwörer (FDP) stellt fest, dass die Ungültigkeitserklärung der Initiative hier im Saal wohl unbestritten ist, da gemäss Gemeindegesetz eine Initiative nur dann zulässig ist, wenn es ein Geschäft betrifft, welches in die Zuständigkeit des Einwohnerrates fällt. Gemäss Bestimmung im Gesetz über den öffentlichen Verkehr ist die Bushaltstellenfestlegung bei einer regionalen Buslinie Sache des Kantons, wobei dieser diesbezüglich die Gemeinden jeweils anhört. Die Ungültigkeit der Initiative ist deshalb durch den Einwohnerrat und nicht im Rahmen der Vorprüfung durch die Verwaltung zu erklären. Nach der Ungültigkeitserklärung kann nun aber der Rat das Begehren der Initianten in einer mildereren Form als Petition annehmen. Somit geht es nicht um eine Umwandlung der Initiative in eine Petition, sondern das informelle Begehren der Initianten würde als Petition angenommen. Und sollte das Initiativkomitee nicht damit einverstanden sein, dass der Einwohnerrat ihr Begehren als Petition behandelt, so kann gegen den Einwohnerratsentscheid immer noch Beschwerde erhoben werden. Nach der Ungültigkeitserklärung der Initiative hat der Rat gemäss § 54 des ER-Geschäftsreglementes die Möglichkeit, dass die Petition beispielsweise dem Stadtrat als Postulat überweist, wie dies von der SVP-Fraktion beantragt wird. Und sollte der Einwohnerrat dem zweiten Antrag zustimmen, so müsste der Stadtrat die zuständigen Stellen zu kontaktieren und mit diesen abklären, was im Sinne der Bittsteller vom Kanton erreicht werden kann. Der Stadtrat wäre bei einer Postulatsüberweisung verpflichtet, aktiv zu werden und dem Einwohnerrat zur gegebenen Zeit wieder Bericht zu erstatten.

Dominik Beeler (GL) erklärt, er verzichte auf eine weitere juristische Einschätzung und kann darüber informieren, dass die Grüne Fraktion das Anliegen ebenfalls unterstütze. Denn es kann nicht sein, dass gewisse Leute keinen Zugang mehr zum Zentrum von Liestal haben. Der Zentrumsanschluss ist wichtig und bekanntlich wird am 27. September 2020 auch über die Ortsbus-Initiative abgestimmt. Die Ungültigkeitserklärung der Initiative wird unterstützt und betreffend dem zweiten Antrag der SVP-Fraktion würde noch die Meinung des Stadtrates interessieren.

Hanspeter Meyer (SVP) dankt für die allgemeinen positiven Feedbacks und informiert darüber, dass praktisch die gesamte SVP-Fraktion auch das Initiativkomitee bestückt habe. Er kann sich mit dem Vorgehensvorschlag von Daniel Schwörer der FDP-Fraktion einverstanden erklären.

Bernhard Bonjour (SP) dankt für die juristischen Referate und Einschätzungen. Er kann den Vorgehensvorschlag gemäss Antrag der SVP-Fraktion zustimmen, denn mit dieser Lösung dürfte ja auch niemand geschädigt und/oder nachteilig behandelt werden.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass formell ja wohl keine Einwände gemacht werden und es ein politischer Entscheid ist, ob man dem zweiten Antrag zustimmen wird oder nicht. Der Antrag der SVP-Fraktion bzw. Petitionäre wird auch von der Mittelfraktion unterstützt.

Stadtpräsident Daniel Spinnler hält fest, dass der Einwohnerrat für die inhaltliche Prüfung der Initiative verantwortlich zeichnet und sich die formelle Prüfung der Initiative durch die Verwaltung nur auf die Richtigkeit und Vollständigkeit der Unterschriftenbögen beschränkt. Auch er will kein Hickhack, muss aber an dieser Stelle doch klar feststellen, dass es nicht Aufgabe der Verwaltung sein kann, dass diese während des politischen Prozesses noch Ratschläge gibt und sie schlussendlich noch dafür gerade stehen muss, wenn etwas in die Hosen geht. Auch ist es seit rund zehn Jahren nicht mehr so, dass die öV-Bestellungen von den Gemeinden

beim Kanton gemacht werden. Der Stadtrat kann sich mit dem Vorgehen gemäss Antrag der SVP-Fraktion einverstanden erklären, da dieses auch den Bestimmungen des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates entspricht.

Stadtrat Daniel Muri hält ergänzend fest, dass er gestern davon Kenntnis bekommen hat, dass das vom Landrat überwiesene Postulat in erwähnter Angelegenheit derzeit geprüft wird. So wird die Verknüpfung der Linie 72 Lupsingen – Seltisberg mit der neuen Linie 74, ehemalige Linie 83 nach Arisdorf, geprüft. Damit würden die Busse von Arisdorf mit einem kurzen Halt am Bahnhof über den Wasserturmplatz nach Seltisberg fahren und umgekehrt könnten die Passagiere am Wasserturmplatz in die Linie 72 einsteigen und via Bahnhof nach Arisdorf fahren. Mit der Verknüpfung der Linien 72 und 74 würde man dem Anliegen der Initianten und Petenten gerecht. Dieser Lösungsvorschlag wird in Kürze noch mit allen betroffenen Gemeinden besprochen und würde bestenfalls mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2022 umgesetzt.

Vizepräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat erklärt einstimmig die nichtformulierte Volksinitiative zur Wiedereinführung des 83er Bushaltes auf dem Liestaler Wasserturmplatz als ungültig.

://: Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat, dass die Eingabe der Initianten als Petition entgegen genommen und als Postulat an den Stadtrat überwiesen wird.

21 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Einstellhalle im Stedtli - Interpellation «Bau Einstellhalle im Stedtli» von Dominik Beeler der Grünen Fraktion (Nr. 2020/184)

Stadtrat Daniel Muri beantwortet die Fragen des Interpellanten:

1: Bei diesen Parkplätzen handelt es sich nicht um Kunden-Parkplätze des Coop, sondern um Parkplätze für die Mietwohnungen und Büros im gleichen Gebäude.

2: Damit es in der Rosengasse zu Staus kommt, müsste man ja eigentlich von der Rathausstrasse her kommen, doch das ist ja nicht möglich. Da es sich um Mieter-Parkplätze handelt, wird sich das Benutzerverhalten nach dem Dosierungssystem des Liftes richten und man geht nicht davon aus, dass es zu Staus kommen wird.

3: Den direkten Zusammenhang mit dem Zeughausplatz sieht man nicht. Ausser, dass es auch künftig eine Zufahrt vom Rumpel her ins Stedtli braucht.

4: Der Stadtrat ist sich einig, dass Bauvorhaben von grosser Bedeutung ist. Es wird in einen zentralen Bau in der Altstadt investiert und mit dieser Investition wird der Weiterbestand einer Liegenschaft mit Sanierungsbedarf gewährleistet, zumal der Coop Stabhof ein wesentlicher Faktor für die Attraktivität im Stedtli ist. Mit dem Bauvorhaben wird auch die Qualität insgesamt verbessert. Der Investor nimmt viel Geld in die Hand, realisiert Parkplätze mitten im Stedtli und bezahlt nicht einfach nur Parkplatzerersatzabgaben.

Dominik Beeler (GL) dankt als Interpellant für die Beantwortung seiner Fragen und wünscht die Diskussion.

Vizepräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Dominik Beeler (GL) stellt als Interpellant fest, dass sein Vorstoss schon mehrmals traktandiert wurde, wegen Covid-19 aber erst heute beantwortet werden konnte. Er möchte festhalten, dass sein Vorstoss dem öffentlichen Interesse gilt. Im Zusammenhang mit der Mobilität findet ein Umdenken statt, man diskutiert über ein autofreies Stedtli usw. und er möchte mit seinem Vorstoss lediglich verhindern, dass man sich mit einem solch grossen Bauprojekt mitten im Stedtli eine Entwicklung in einem wichtigen Perimeter von Liestal anstösst, welche in die falsche Richtung gehen könnte. Sorge bereitet ihm der geplante Autolift über zwei Stockwerke, denn diese sind erfahrungsgemäss nicht sehr speditiv und die Gefahr eines Mehrverkehrs besteht durchaus. Auch wenn der Stadtrat sehr viel Potenzial in diesem Projekt sieht, sollte er die geäusserten Bedenken schon ernst nehmen. Auch mit der Aufwertung des Zeughausplatzes sieht es etwas anders, denn wenn man sich beim erwähnten Bauprojekt ein Ei legt, dürfte die positive Entwicklung zu Gunsten einer besseren Lebensqualität im Stedtli durchaus auch beeinträchtigt werden.

Joel Bühler (SP) meint, seine Fraktion habe dieses Projekt auch ausführlich besprochen und begrüsst grundsätzlich das Projekt beim Coop Stabhof, doch sind die Bedenken des Interpellanten betreffend dem zusätzlichen Verkehrsaufkommen im Stedtli durchaus berechtigt. Er bedauert es deshalb, dass vom Stadtrat keine konkreteren Aussagen betreffend dem erwähnten möglichen Stauaufkommen gemacht wurden. Vielleicht liegt die Lösung auch darin, dass die Zufahrt zum Autolift bzw. Parkhaus anders gelöst würde.

Lorenz Holinger (SVP) informiert, dass ein solcher Autolift auch beim Clara-Spital in einem Parkhaus mit einer Länge von 80 Metern und über 4 Stockwerke realisiert wird. Ein Roboter stellt ein Auto auch auf dem hintersten Parkplatz innerhalb von 2 Minuten ab, was auch aus ökologischer Sicht durchaus Sinn macht, da der Suchverkehr von Autos im Parkhaus wegfällt. Wegen der Videoüberwachung und guten Ausleuchtung sind praktisch auch alle Frauen-Parkplätze.

Richard Gafner (FDP) meint, dass es sich beim Stabhof-Projekt um ein ordentliches hängiges Verfahren handelt und die Rechtmässigkeit vom Kanton zu prüfen ist. Und wenn das Bauvorhaben den rechtlichen und gesetzlichen Vorgaben entspricht, ist dieses grundsätzlich auch zu bewilligen. Investitionen im Stedtli werden grundsätzlich begrüsst, da ein solches Projekt das Stedtli aufwertet und für Liestal von Vorteil ist. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass sich der Stadtrat an die geltenden Regeln halten muss und sicher nicht willkürlich Projekte zurückweisen kann, wenn diese regelkonform sind. Und möchte man dies ändern, müssten die entsprechenden Reglemente angepasst werden.

Bernhard Bonjour (SP) legt dar, dass er über die Anzahl von 35 Parkplätzen auch erschrocken ist. Er versteht es, dass man bei Wohnungen auch einen Parkplatz in der Nähe haben sollte. Wieso aber man Parkplätze für Büro-Mieter in derselben Liegenschaft haben muss, ist für ihn nicht ganz nachvollziehbar, stehen dafür doch bereits Parkhäuser zur Verfügung, wo man auch Parkplätze mieten könnte. Er findet es schon wichtig, dass die Stadt ihre Interessen dezidiert zur Sprache bringt.

Daniel Schwörer (FDP) nimmt Bezug auf die vierte Frage des Interpellanten und hofft doch schon schwer, dass der Stadtrat nicht entgegen geltendem Recht gehandelt hat.

Reto Derungs (SP) nimmt Bezug auf das vorgängige Votum von Lorenz Holinger der SVP-Fraktion und stellt fest, dass der Vergleich nicht verhält, denn die Parkhausbesucher im Stabhof parkieren ihre Autos selbst und beim Clara-Spital werden die Autos von einem Roboter parkiert.

Thomas Eugster (FDP) berichtet, dass im Rahmen von Baugesuchsverfahren auch die Notwendigkeit der Parkplatz-Anzahl geprüft wird. Diesbezügliche Erleichterungen sind nur im Rahmen von Quartierplanverfahren möglich. Ob die Parkplätze schlussendlich belegt werden, ist dann wiederum eine andere Frage.

Bernhard Bonjour (SP) würde es schon noch interessieren, ob denn diejenigen Parkplätze, welche von Mietern nicht selbst beansprucht werden, gegebenenfalls an Dritte vermietet werden dürfen? Und wenn ja, könnte dies verhindert werden, damit öffentlichen Parkhäuser nicht konkurrenziert werden?

Dominik Beeler (SP) ist der Ansicht, dass mit 36 Parkplätzen die Mindest-Pflichtzahl an Parkplätzen gemäss Gesetzgebung überschritten wird.

Stadtrat Daniel Muri teilt mit, dass bei den vergangenen Quartierplanungen und grösseren Bauvorhaben der Parkplatzbedarf noch nie thematisiert wurde. Beim Stabhof-Projekt nimmt ein Investor mehrere Millionen Franken in die Finger, um eine sanierungsbedürftige Liegenschaft mitten im Stadtkern instandstellen zu können, welchen man nicht so einfach abspringen lassen sollte. Pro Wohnung müssen 1,3 Parkplätze ausgewiesen werden. Die geäusserten Bedenken bezüglich einem möglichen Stauaufkommen kann er nicht teilen und im Rahmen des Baugesuchsverfahrens wird man die Parkplatzfrage nochmals genau klären.

Benjamin Holinger (GL) ist der Meinung, dass man in der Vergangenheit verschiedene Projekte und Quartierplanungen gutgeheissen hatte, wo Investoren auch viel Geld in die Hand genommen hatten. Dies soll auch weiterhin so sein und man möchte nicht irgendwelche Bauvorhaben verhindern. Hingegen ist der Einwohnerrat auch länger und mehr zur Erkenntnis gekommen, dass solche Projekte zu Gunsten der Qualität kritischer und genauer beurteilt werden sollen.

Vizepräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2020/184 durch den Stadtrat.

22 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Fragestunde

1. Frage / Benjamin Holinger (GL) – QP Orisbach und Lüdin-Areal

Meine Fragen betreffen den QP am Orisbach sowie die Entwicklungen rund um das Lüdin-Areal und bitte den Stadtrat kurz über den aktuellen Stand dieser beiden Projekte zu berichten:

1. Welches ist der aktuelle Stand dieser beiden Projekte?
2. Sind diese beiden Projekte noch im Zeitplan?
3. Welches sind die nächsten Schritte?

Stadtrat Daniel Muri: Im Zusammenhang mit dem QP Orisbach ist so, dass die Post das nun vorliegende Projekt auf seine Wirtschaftlichkeit nochmals durchrechnet und Optimierungspotenzial sucht. Der Prozess geht im Herbst weiter. Der Investor beim Lüdin-Areal hat einen Studienauftrag ausgeschrieben. Die Jurierung findet im November statt. Danach wird auf der Grundlage der eingegebenen Projekte der Quartierplan ausgearbeitet.

2. Frage / Patricia Bergamin (SVP) – Saubere Brunnen

Seit Wochen fällt auf, dass diverse Brunnen (z.B. Wasserturm-Ablaufrinne und Fischmarkt, Rückseite Rathaus) ganz grün bzw. voller Algen sind. Frage: Wieso sind die Brunnen nicht gereinigt, besonders auch bei dieser Hitze? Wer haftet wenn in erwähnter Ablaufrinne eine Person (Kind) ausrutscht und sich verletzt?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Die Brunnenreinigung erfolgt jeden Freitag, doch Algen bilden sich bei heissen Temperaturen innerhalb weniger Tage. In Liestal werden die Brunnen schonend gereinigt und nur wenn es ganz schlimm ist, greift man zu chemischen Mitteln, doch werden beispielsweise keine Chlortabletten wie in einigen anderen Gemeinden benutzt. Der Brunnen hinter dem Rathaus wird mit Orisbach-Wasser gespiesen und deshalb hat es mehr Verunreinigungen bzw. Ablagerungen als üblich.

3. Frage / Patricia Bergamin (SVP) - Weihnachtsmarkt

Der samstägliche Bauernmarkt und die Genusswoche finden statt. Frage: Ist schon bekannt ob der Weihnachtsmarkt im Dezember durchgeführt werden kann?

Stadträtin Regula Nebiker: Ja, die Weihnachtsmarkt-Planung läuft und man hat ja bereits Erfahrungen gesammelt, wie man Märkte mit einem Schutzkonzept durchführen kann. Der nächste Warenmarkt findet am 30. September 2020 statt.

4. Frage / Denise Meyer (SVP) - Friedhof

Durch einen Zufall hat eine Trauerfamilie festgestellt, dass auf dem hiesigen Friedhof seit vielen Jahren die Beschriftungs-Platten bei den Urnen-Nischen zwar als neuwertig mit entsprechender Gravierung des Verstorbenen durch die Stadt in Rechnung gestellt werden, jedoch in Tat und Wahrheit werden nur die alten, vorgängigen Schrifttafeln auf der Rückseite neu beschriftet. Das ist pietätlos; darum unsere Frage: Was hat der Stadtrat vorgekehrt, damit diese Praxis geändert wird?

Stadträtin Marie-Therese Beeler: Der Stadtrat hatte von dieser Praxis und Tradition erstmals in den letzten Tagen erfahren. Man hat sofort reagiert und ab sofort sind keine Doppelbeschriftungen mehr möglich. Mit der betroffenen Trauerfamilie konnte bereits eine einvernehmliche Lösung gefunden werden.

5. Frage / Vreni Wunderin (CVP/EVP/GLP) – Abfallkübel

Die Abfallkübel auf dem reformierten Kirchhof überquellen regelmässig, speziell beim Durchgang zum Martinsträff. Wäre es möglich, dass die Stadt in unmittelbarer Umgebung insbesondere Bereich Rosengasse weitere Abfallkübel anbringen könnte?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Am erwähnten Ort sind die Abfallkübel in der Obhut der reformierten Kirchgemeinde. Die Stadt wird mit den zuständigen Stellen das Gespräch suchen. Die Stadt unterhält in den Durchgängen Kirchhof-Rathausstrasse, Kirchhof-Amtshausgasse und Kirchhof-Zeughaus je einen Abfallkübel. Die Stadt leert ihre Abfalleimer im Stedtli 6 x wöchentlich und mit der Kirchgemeinde sucht man das Gespräch, damit das Problem gelöst werden kann.

6. Frage / Dominique Meschberger (SP) – Kasernenstrasse, Lichtsignalanlage

An der Kasernenstrasse ist die Lichtsignalanlage auf der Seite der Burg-Turnhalle momentan auf seltsame Weise abgesperrt wegen Bauarbeiten. Fussgänger müssten da auf die Strasse hinaustreten damit sie den Knopf drücken können oder sie spazieren einfach wieder zurück zum Fussgängerstreifen bei der Kaserne, was nicht gerade gute Laune verbreitet. Wie lange wird diese Absperrung noch stehen? Konnte diese Situation nicht anders gelöst werden?...

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Die EBL-Baustelle auf der Kasernenstrasse des Kantons ist schon etwas kompliziert. Die Lichtsignalanlage beim Fussgängerstreifen ist ausser Betrieb und deshalb wird von 07.00 – 17.30 Uhr die Strassenquerung durch die Fussgänger von der Securitas betreut. Die Baustelle wird sich noch weiter verschieben und es muss immer wieder nach geeigneten Lösungen, insbesondere für die Fussgänger, gesucht werden.

7. Frage / Pascale Meschberger (SP) – Pflegeheime, Schutzkonzept Covid-19

Gemäss Medien scheint die Unterstützung der Pflegeheime in der aktuellen Corona-Krise im Kanton Baselstadt sehr dürftig zu sein. Im Unterschied dazu seien Vertretungen der Heime im Kanton Baselland von Beginn an im Krisenstab integriert gewesen. Allerdings erscheinen die während des «Lockdowns» getroffenen Massnahmen der Isolation eher unglücklich und diskriminierend gegenüber den Heimbewohnerinnen und -bewohnern. Wie sieht das aktuelle Schutzkonzept der Liestaler Pflegeheime konkret aus? Wird die Umsetzung/ Einhaltung des Schutzkonzeptes kontrolliert? In welchen Situationen wird das Personal auf Covid 19 getestet? Wünschen die Heimleitungen weitere Unterstützung seitens Stadt und Kanton?

Stadträtin Regula Nebiker: Sie hat von den Liestaler-Heimen andere Rückmeldungen erhalten als die geschilderten Umstände in Basel. Mit den Heimleitungen hat man regelmässig Kontakt und tauscht sich aus. So hat sie die Fragestellung am heutigen Morgen mit einem Heimleiter diskutiert. Die Heimleitungen im Kanton Baselland haben wöchentlich eine Konferenz mit der Verantwortlichen des Kantons. Die Schutzkonzepte werden gemeinsam erarbeitet und nach der Überprüfung durch den Kanton ausgetauscht. Eine weitere Unterstützung durch die Gemeinden und den Kanton ist gemäss Rückmeldung vorderhand nicht nötig.

8. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) – Verkehrsregelung im Goldbrunnen-Quartier

Vor Jahren wurden die Quartierbewohner über das Pilotprojekt betr. Verkehrsregelung im Goldbrunnen-Quartier informiert (Tempo 30, Fussgängerstreifen, Stoppstrassen, Zubringer). Seither hat man seitens der Stadt nichts mehr gehört. Frage: Wann werden die Bewohner wieder zu einer Info-Veranstaltung eingeladen?

Stadtrat Daniel Muri: Derzeit befindet sich das Goldbrunnenquartier im erweiterten Perimeter des SBB-Vierspurausbaus und wird durch die Umleitung über die Widenhubstrasse stark belastet. Das Konzept für die Verkehrsregelung nach der Bauphase der SBB liegt vor und wurde bereits mit der Verkehrsabteilung des Kantons abgesprochen.

9. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) – Bauabschränkung Gasstrasse/Weierweg

Die Bauabschränkungen bei dieser Kreuzung behindern die Sichtverhältnisse massiv. Nun wurden noch zusätzliche Sandhaufen deponiert, so dass vom Weierweg her kaum ersichtlich ist, ob Autos von der Gasstrasse herkommen. Frage: Kann die Stadt intervenieren, damit wieder normale Sichtverhältnisse geschaffen werden?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Die Verantwortung liegt beim Kanton, doch die Stadt engagiert sich natürlich auch hinsichtlich einer besseren Sicherheit. Vom Kanton ist die Vortrittsregelung geändert worden, was ja grundsätzlich gut ist.

10. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) – Entfernung Abstimmungsplakate

Am Sonntag wurden im Sichernquartier an öffentlichen Kandelabern einige Plakate gegen den Ortsbus aufgehängt. In der Nacht zum Montag wurden sie entfernt. Frage: Hat die Stadt diese Plakate abgehängt?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Die Betriebe arbeiten nicht vom Sonntag auf den Montag, um Plakate abzuhängen. Vermutlich sind die Plakate vom starken Gewitter beschädigt oder gar abgerissen worden. Grundeigentümer demontieren teilweise die Plakate ebenfalls auf ihrem Grundstück. Grundsätzlich werden von den Betrieben auch nur Plakate abgehängt, welche eine Verkehrsbehinderung sind.

Hanspeter Meyer (SVP) stellt die Zusatzfrage, wer denn diejenigen Plakate an den Kandelabern abhängen wird, welche in der vergangenen Nacht wegen zusätzlichen Plakaten zu kantonalen Abstimmungen in schwindende Höhe nach oben geschoben wurden?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Die Stadt wird keine Plakate umhängen oder demontieren. Die Plakate müssen von denjenigen demontiert werden, welche sie auch aufgehängt haben.

11. Frage / Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) – Velostation und neue Verkehrsmittel

Die Bauarbeiten am Bahnhof schreiten voran und die Planung der neuen Velostation wurde vermutlich bereits in Angriff genommen. Wir erleben heute eine Flut neuer Verkehrsmittel. Neben E-Bikes gehören E-Trottis und E-Roller mittlerweile zur Tagesordnung und machen das traditionelle Velo beinahe schon zu einem Auslaufmodell. Die neuen Verkehrsmittel benötigen aber auch eine moderne Infrastruktur wie beispielsweise (kostenpflichtige) Ladestationen für E-Bikes oder E-Roller, abschliessbare Ladestationen für Batterien oder E-Trottis etc. Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Frage: Werden die Bedürfnisse der heutigen Zeit und der neuen Verkehrsmittel bei der Planung der Velostation berücksichtigt?

Stadtrat Daniel Muri: Aktuell ist man an der Detailplanung der Velostation und die neuen erwähnten Verkehrsmittel werden dabei mitgedacht. Glücklicherweise ist auch genügend Flexibilität vorhanden, um auch auf technische Entwicklungen noch reagieren zu können.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Vizepräsident Markus Rudin (SVP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Sie stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 18.50 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Vize-Ratspräsident

Markus Rudin

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann